ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Engler, Philipp

Article

Die Fiskalunion ist mehr als ein Versicherungsprodukt

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:
German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Engler, Philipp (2017) : Die Fiskalunion ist mehr als ein Versicherungsprodukt, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 84, Iss. 48, pp. 1106-

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/172285

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Dr. Philipp Engler, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Makroökonomie am DIW Berlin
Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

Die Fiskalunion ist mehr als ein Versicherungsprodukt

Eine Versicherung kauft man nicht ohne weiteres. Ihre Funktionsweise ist komplex und ihre Nützlichkeit schwer zu durchschauen. Weniger komplex ist die Anschaffung der meisten Güter: Deren Nützlichkeit ist meist einfach zu ermessen, die Kaufentscheidung fällt umso leichter.

Ähnlich verhält es sich mit einer „Fiskalunion" im Euroraum. Sie ist sowohl ein hochkomplexes Versicherungsprodukt als auch ein Rahmen zur Bereitstellung öffentlicher Güter. Um den Europäerinnen und Europäern die „Versicherung" schmackhaft zu machen, müssen die Güter, zu denen sie Zugang gewinnen, in den Vordergrund gestellt werden.

Durch die Aufgabe der eigenen Geldpolitik bekommt die Fiskalpolitik der Euro-Mitgliedsländer eine stärkere Rolle für die Glättung konjunktureller Schwankungen. In einer Rezession kann etwa der Anstieg der Arbeitslosigkeit dank einer Ausgabenerhöhung gedämmt werden, auch wenn nicht jeder Job gerettet werden kann. Die Fiskalpolitik hat somit für die Bevölkerung den Charakter einer staatlichen Versicherung. Dies schafft im Idealfall die Akzeptanz der Bevölkerung für das Abführen von Steuern und die Aufnahme von Staatsschulden. Gleichzeitig werden durch staatliche Ausgaben öffentliche Güter bereitgestellt, etwa Straßen und Schulen. Deren Nützlichkeit ermöglicht auch die Akzeptanz für Steuern und Schulden.

Im Euroraum ist die nationale Fiskalpolitik im Korsett der gemeinsamen Regeln gezwängt. In den USA, ein anderes prominentes Beispiel für eine Währungs- und Wirtschaftsunion, können über das Bundesbudget – etwa 21 Prozent des Bruttoinlandsprodukts – Schwächephasen in bestimmten Regionen etwa durch eine Erhöhung der Sozialtransfers oder der Investitionen des Bundes aufgefangen werden. Der Euroraum dagegen hat kein eigenes Budget, das Budget der EU beträgt mickrige ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Daher die Forderung, zum Beispiel vom französischen Präsidenten Emmanuel Macron, die Eurozone mit einem eigenen umfangreichen Haushalt und einen Finanzminister auszustatten. Das ist aber keine Agenda, die WählerInnen begeistert – genauso wenig, wie man sich für Versicherungsprodukte begeistern kann. Und tatsächlich hat sich kaum eine politische Partei die Idee einer Fiskalunion zu eigen gemacht. Vielleicht hilft es, an der zweiten Funktion staatlicher Ausgaben anzusetzen. Es gibt öffentliche Güter, die sinnvollerweise die EU oder der Euroraum bereitstellen sollten. Alle profitierten davon, alle sollten die Kosten tragen. Beispiele wären die Sicherung der Außengrenzen der EU, der Aufbau EU-weiter Verkehrs- oder digitaler Infrastruktur und der Betrieb von Zulassungsbehörden (etwa für pharmazeutische Produkte). Die BürgerInnen lassen sich von der Nützlichkeit solcher gemeinsamer Güter sicherlich leichter überzeugen als von der einer abstrakten „Fiskalunion".

Je mehr gemeinsame Leistungen erbracht werden, desto mehr Spielraum ergibt sich für die Versicherungsfunktion: Zur Milderung einer Rezession könnten Investitionen in der betroffenen Region erhöht oder vorgezogen werden. Einmal profitiert ein Land davon, ein anderes Mal ein anderes.

Eine Verlagerung von Kompetenzen auf Unionsebene muss nicht einen kompletten Kontrollverlust der Mitgliedsländer bedeuten. In den USA überlassen Bundesprogramme wie Medicaid den Staaten weitreichende Kompetenzen bei Ausgestaltung und Umsetzung.

Wer für eine unionsweite Fiskalpolitik Unterstützung sucht, sollte sie mit konkreten, sinnvollen Projekten begründen, die aus nachvollziehbaren Gründen gemeinsam besser oder günstiger durchgeführt werden können. Macron hat schon eine Vielzahl gemeinsamer Projekte angeschnitten, daran sollte die Debatte anknüpfen. Notwendig ist selbstverständlich eine demokratische Legitimation und Kontrolle dieser Projekte, am besten durch das Europäische Parlament.

Dieser Gastbeitrag ist am 1. November 2017 in der Frankfurter Rundschau erschienen.

DIW BERLIN

DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
84. Jahrgang

Herausgeberinnen und Herausgeber
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Lukas Menkhoff
Prof. Johanna Mollerstrom, Ph.D.
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion
Dr. Gritje Hartmann
Mathilde Richter
Dr. Wolf-Peter Schill

Redaktion
Renate Bogdanovic
Dr. Franziska Bremus
Rebecca Buhner
Claudia Cohnen-Beck
Prof. Dr. Christian Dreger
Dr. Daniel Kemptner
Sebastian Kollmann
Matthias Laugwitz
Markus Reiniger
Dr. Alexander Zerrahn

Lektorat
Caroline Stiel
Dr. Marius Clemens
Dr. Claus Michelsen

Vertrieb
DIW Berlin Leserservice
Postfach 74
77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. (01806) 14 00 50 25
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304
ISSN 1860-8787 (Online)

Gestaltung
Edenspiekermann

Satz
Satz-Rechen-Zentrum, Berlin

Druck
USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an die Serviceabteilung Kommunikation des DIW Berlin (kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.